Staatsanwalt lässt in Jakarta Blasphemievorwurf fallen

21. April 2017

Jakarta (KNA) In einer Wende im Blasphemieprozess gegen den amtierenden christlichen Gouverneur von Jakarta hat die Staatsanwaltschaft die Anklage auf „Verbreitung von religiösem Hass“ ge- ändert. Für dieses Vergehen forderte der Staatsanwalt in seinem Schlussplädoyer am Donnerstag indonesischen Medienberichten zufolge ein Jahr Haft für Basuki Tjahaja „Ahok“ Purnama. Die Strafe solle für zwei Jahre auf Bewährung ausgesetzt werden.

Der Vorwurf der Beleidigung des Koran sei hingegen haltlos, habe der Staatsanwalt in seinem Plädoyer gesagt. Radikale Muslime reagierten mit wütenden Protesten vor dem Gerichtsgebäude. Der Prozess wird voraussichtlich in der kommenden Woche mit dem Plädoyer der Verteidiger fortgesetzt. Mit dem Richterspruch ist Mitte Mai zu rechnen. Der Blasphemieprozess wird von politischen Beobachtern in Indonesien als wesentlicher Faktor für die Niederlage von Ahok bei der Gouverneurswahl in Jakarta am Mittwoch gesehen. Mit 42 Prozent der Stimmen musste sich Ahok seinem Herausforderer Anies Baswedan geschlagen geben, für den 58 Prozent der Wähler stimmten.

Ahok hatte bei einer Wahlkampfveranstaltung im vergangenen Herbst den Chef der radikalen Islamischen Verteidigungsfront (FPI) dafür kritisiert, mit einem Vers aus dem Koran Muslime an der Wahl eines Christen hindern zu wollen. Die Veröffentlichung eines Videomitschnitts der Rede im Internet sorgte für Aufruhr und führte zu der Anzeige gegen Ahok wegen Blasphemie. Hochrangige moderate muslimische Führer hatten im Blasphemieprozess zu Gunsten von Ahok ausgesagt.

(KNA – rkomk-89-00006)

Stand: 27. November 2026